

Bewegung im Wandel der „Zeitenwende“

30 Jahre Informationsstelle Militarisierung,
30 Jahre antimilitaristische Aufklärungsarbeit

von Christoph Marischka

*Die Informationsstelle Militarisierung e. V. (IMI) wurde 1996 von Aktivist*innen aus dem linksalternativen und antimilitaristischen Spektrum der Neuen sozialen Bewegungen ins Leben gerufen. Der gemeinnützige Verein wurde 2011 mit dem Aachener Friedenspreis ausgezeichnet und hat heute etwa 300 Mitglieder. IMI-Gründungsmitglied Tobias Pflüger war lange Zeit auch Autor und Mitherausgeber der Graswurzelrevolution, bevor er 2004 als Parteiloser für die PDS ins Europaparlament einzog. Auch andere IMI-Mitglieder waren und sind häufig Autor*innen der GWR. Die Graswurzelrevolution-Redaktion sagt Danke, gratuliert herzlich zum 30. IMI-Geburts- tag und freut sich auf weitere 30 Jahre gute Zusammenar- beit! IMI-Referent Christoph Marischka reflektiert im fol- genden Artikel die Geschichte der Remilitarisierung und zieht eine Zwischenbilanz zur Arbeit des „antimilitaristi- schen Thinktanks“ IMI. Der Autor gibt hier seine eigenen Positionen wieder, die zwar zu großen Teilen, aber nicht überall (BSW, „Palästina-Solidarität“) einen Konsens in der Gruppe abbilden. (GWR-Red.)*

Die Informationsstelle Militarisierung (IMI) wurde vor bald 30 Jahren in Tübingen gegründet. Anlass waren da- mals erste kleine Auslandseinsätze der Bundeswehr und die Aufstellung des Kommandos Spezialkräfte (KSK) im nahegelegenen Calw vor dem Hintergrund einer grund- sätzlich eher pazifistischen Haltung großer Teile der deut- schen Bevölkerung und Medien. Einige Friedensbewegte aus der Region erkannten damals eine Tendenz zur Mili- tarisierung der deutschen Außenpolitik. Die gängige Pa- role der Friedensbewegung lautete in jener Zeit noch „Deutsche Waffen, deutsches Geld – morden mit in aller Welt“. Tatsächlich hatten (fast) alle Regierungen der BRD auch zuvor auf eine Stärkung der eigenen Souveränität und Rolle in den internationalen Beziehungen hingewirkt, zuvor aber unter dem skeptischen, wachsamem Auge der sogenannten Siegermächte nicht nur aus dem Osten, und einem gesellschaftlichen Pseudo-Konsens des „Nie wie- der“, der auch antifaschistisch getragen war.

Der Umbau zur Interventionsarmee ging nach dem Zwei-Plus-Vier-Vertrag von 1990 relativ diskret vonstat- ten. Militärische Angelegenheiten wurden damals am ehesten auf den Lokalseiten der regionalen Tageszeitun- gen mit militärischen Liegenschaften behandelt – und uns meist noch per Post zugesendet. Auch die Veröffentli- chungen neuer strategischer Dokumente der Bundeswehr, der NATO und zunehmend der EU waren damals kein großes Thema in der Presse, wurden von uns aber mit den lokalen Informationen zusammengeführt, um eben jene Tendenzen zur Militarisierung der deutschen Außenpoli- tik herauszuarbeiten und damit einer organisatorisch breit aufgestellten, von der Reichweite (und gefühlten Rele- vanz) her aber abnehmenden Bewegung Wissen zur Ver- fügung zu stellen.

Die Ära der Auslandseinsätze

Die Entwicklungen um die deutsche Beteiligung am völ- kerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Bundesrepu- blik Jugoslawien und die NATO-Operationen infolge der Anschläge vom 11. September 2001 waren komplex und herausfordernd. Zusammenfassend und zugespitzt be- standen sie für uns darin, dass weite Teile der antifaschis- tischen und „grünen“ Linken einer globalen Rolle Deutschlands und der Bundeswehr zunehmend offen und propagandistisch zur Seite standen. Deutsche Soldat(*inn)en sollten plötzlich helfen, westliche Werte zu exportieren, oder einen „neuen Holocaust“ verhindern.

Es folgten gut fünfzehn Jahre, in denen wir uns mit den Absichten, der Relevanz und den Folgen deutscher Aus- landseinsätze beschäftigt haben und mit den EU- und NA- TO-Strukturen, in die sie eingebettet waren. Den Ländern und Gesellschaften, in denen sie stattgefunden haben, konnten wir dabei in einer oft reflexhaften Analyse und Bewertung allenfalls ansatzweise gerecht werden. Das al- lerdings hatten wir mit den jeweiligen Planungsstäben in NATO, EU und Bundeswehr gemeinsam – und mit deren Propagandist*innen in Wissenschaft und Politik. Oft sa- ßen wir in diesen Jahren mit Protagonist*innen der deut-



Foto von Jason Rosewell auf Unsplash.

schen Aufrüstung auf Podien, die von „Verantwortung“ geredet haben, um die Präsenz (und den Tod) deutscher Soldat*innen im Kongo, in Mali, in Afghanistan usw. zu begründen. Rückblickend lässt sich feststellen: Mit „Verantwortung“ hatte das alles so gar nichts zu tun – Afghanistan hat jedoch echte Kriegserfahrung, echtes Heldengedenken, echten Militarismus zurück in die deutsche Gesellschaft gebracht. Was seit der von Bundeskanzler Scholz 2022 verkündeten „Zeitenwende“ passiert und diskutiert wurde, wäre ohne die scheinbar Re-Etablierung des deutschen Militarismus in der Ära der Auslandseinsätze schwer bzw. noch schwerer denkbar gewesen.

Wir haben in diesen Jahren auch die EU-Militarisierung und NATO-Osterweiterung kritisiert und die Entstehung jener Netzwerke und Strukturen, die nun offenbar vollends das Ruder übernommen haben. Beispielhaft sei hier etwa das Projekt „Neue Macht – Neue Verantwortung“ genannt, das von der Stiftung Wissenschaft Politik (SWP) und dem German Marshall Fund (GMF) initiiert zahlreiche Thinktanks, Leitmedien, (Spitzen-)Politiker*innen und Industrieverbände darauf einschwor, dass Deutschland außenpolitische „Führung“ übernehmen und hierfür auch mehr militärischen Einsatz in die Waagschale werfen solle. Auch der Umbau der NATO-Strukturen, deren verstärkte Aufrüstung und zunehmende Schwerpunktverlagerung Richtung Osten waren bei uns beständig Thema. Wir warnten vor den geopolitischen Folgen der andauernden Versuche von Regime Changes gerade auf dem Gebiet der ehemaligen UdSSR sowie einer angestrebten NATO-Mitgliedschaft der Ukraine und Georgiens.

„Kulturelle Zeitenwende“

Das waren zu jener Zeit Positionen, die auf Podien und in den Leitmedien unbeliebt, aber geduldet, im Sinne einer

angestrebten Pluralität gelegentlich sogar erwünscht waren. Rüstungsexporte, die Auseinandersetzungen um die Anschaffung bewaffneter Drohnen oder die Rolle der Bundeswehr in Klassenzimmern und Unis sind Beispiele für Debatten, bei denen Leitmedien und auch regierungsnahen Institutionen teilweise offen für kontroverse Diskussionen und widerständige Positionen waren. Die IMI war über diesen Zeitraum für große Teile des linken Spektrums, die Friedensbewegung und teilweise auch darüber hinaus eine der ersten Adressen, um antimilitaristische Kampagnen mit Recherchen zu unterfüttern und entsprechende Positionen öffentlich zu vertreten.

Mit dem russischen Einmarsch in die Ukraine und der anschließenden Ausrufung der „Zeitenwende“ hat sich vieles verändert. Aufrüstung und Militarisierung haben sich seitdem in einem Umfang beschleunigt, den wir kaum für möglich gehalten hätten, ebenso wie die Verrohung der Debatten. Wir können das nicht belegen oder quantifizieren, aber aus unserer täglichen Arbeit als „Informationsstelle“ und unseren vielfältigen Kontakten innerhalb der Friedensbewegung ergibt sich recht eindeutig das Bild, dass das vielen Menschen durchaus auch körperlich und psychisch auf die Gesundheit geschlagen hat. Einige verdienstvolle Mitstreiter*innen sind gerade in den ersten 15 Monaten nach dem 24. Februar 2022 aus dem Leben geschieden.

Wir können die Kritik nachvollziehen, dass „Zeitenwende“ nur in Anführungsstrichen benutzt werden sollte, weil der Begriff inhaltlich nicht treffend ist – der deutsche Imperialismus ist schon früh nach der Niederlage im Zweiten Weltkrieg wiederauferstanden und hat sich spätestens nach der sogenannten „Wiedervereinigung“ zunehmend Bahn gebrochen. Aus unserer Sicht kann man aber zumindest von einer „kulturellen Zeitenwende“ sprechen, seit nicht nur pazifistische und antimilitaristische Positionen in den Leitmedien bis tief ins Feuilleton, lokale Kulturinstitutionen oder das vermeintliche politische

Kabarett aggressiv und offen diffamiert werden, sondern auch dezent abwägende Positionen (keine Panzer oder keine Taurus in die Ukraine zu liefern) kampagnenartig lächerlich gemacht werden. Tatsächlich artikulieren konnten sich diese Positionen kaum noch. Auf der anderen Seite scheint plötzlich alles erlaubt: Die Zusammenarbeit mit oder Verharmlosung von ukrainischen Faschisten, die positive Bezugnahme auf das deutsche „Rüstungswunder“, das Vokabular von „Kriegstüchtigkeit“ und „Abnutzungsraten“ von „Menschenmaterial“, Formulierungen wie „Der Truppe gehen die Indianer aus“, Werbung für Waffensysteme im Kinderfernsehen ... Zugleich nahm die veröffentlichte Meinung letztlich postfaktische Züge an, etwa wenn es um die Erfolgsaussichten von Sanktionen, den bevorstehenden russischen Zusammenbruch, die Erfolgchancen der „Frühjahrsoffensive“ oder einer Rückeroberung der Krim ging – Zweifel hieran wurde reflexartig als Kreml-Propaganda zurückgewiesen und sanktioniert.

Polarisierung ...

Kritik hieran wiederum schaffte es so gut wie nicht mehr in den leitmedialen Diskurs und fand entsprechend überwiegend in alternativen Medien und Filterblasen der „sozialen Medien“ Resonanz – in denen oft zugleich rechtsoffene oder verschwörungstheoretische Positionen geduldet wurden oder gar dominierten. Dasselbe galt für durchaus valide Argumente wie den Verweis auf die Vorgeschichte der NATO-Osterweiterung oder die simple Tatsache, dass mehr Waffen auch mehr Tote bedeuten. Diese massive Polarisierung erfasste auch vor allem institutionalisiertere linke Organisationen und wurde durch diese repetiert: Gewerkschaftsspitzen, Linkspartei und auch Attac übernahmen die Rede davon, dass es keinen „Siegfrieden“ geben dürfe, Putin bzw. Russland allein verantwortlich sei, die Ablehnung (selbst spezifischer) Waffenlieferungen „das Selbstverteidigungsrecht der Ukraine“ leugne usw. Dies machte es umso leichter, entsprechende Positionen zu diffamieren und in die rechte Ecke zu stellen.

Es war eine Zeit äußerst schwieriger Diskussionen um Bündnisse und Aufruftexte. Teile der klassischen Friedensbewegung strebten aus – einer durchaus berechtigten – Sorge vor einem nuklearen Armageddon möglichst breite, teilweise auch rechtsoffene Bündnisse an und versuchten offenbar, an die Empörung über den Umgang mit der Pandemie anzuknüpfen. Andere klassische Bündnispartner passten sich weitgehend dem leitmedialen Diskurs an. Antifaschistisch geprägte Strukturen mobilisierten oder hetzten im Einklang mit diesen gegen Friedensdemos, vermeintlich anarchistisch geprägte mobilisierten (im militärischen Sinne) für den Kampf in der Ukraine, während sich die AfD als Friedenspartei inszenierte. Die IMI galt – in unterschiedlichem Maße – für alle diese Spektren (außer natürlich die AfD) als eine Art Instanz, wurde gewissermaßen zum umkämpften Terrain. Wir versuchten,

grob zusammengefasst, zu vermitteln, ohne Positionen (gegen Waffenlieferungen, Aufrüstung und NATO-Apologie) aufzugeben, breite Bündnisse zu ermöglichen, ohne rechte Positionen zu dulden – wo Rechtsoffenheit anfängt, war aber in der hektischen und hysterischen Debatte auch bei uns manchmal umstritten.

... und Neuorientierungen

Auch wenn sich die Aufrüstungsspirale weiter beschleunigt, hat sich zumindest die Verwirrung innerhalb der Bewegung(en) etwas beruhigt. Mit dem BSW hat sich eine neue Struktur gebildet, die der Weltkriegsgefahr auf parlamentarischer Ebene entgegenwirken will, ansonsten aber in ihren Positionen uneindeutig bis hoch problematisch rechtsoffen bleibt. Sie kommuniziert auf eignen Kanälen, und hat z.B. am 3. Oktober 2025 auf Demos mobilisiert, die links ausgerichtet waren – und trotzdem blieben. Das hat auch damit zu tun, dass in den vergangenen Jahren viele klassenkämpferische Organisationen gewachsen sind oder gegründet wurden, die Themen wie Aufrüstung und Wehrpflicht in jeder Hinsicht selbstverständlich und erfolgreich in den Mittelpunkt ihrer Mobilisierung stellen. Ihre klar antifaschistische Ausrichtung ist eine Entlastung gegen zwischenzeitlich durchaus existierende Querfront-Bemühungen, ihre – für die Mobilisierung gerade der jüngeren Generationen offenbar hilfreiche – recht bedingungslos wirkende „Palästina-Solidarität“ allerdings bisweilen befremdlich. Im leitmedialen Diskurs ist die Forderung nach „Verhandlungslösung“ vom Schmähbegriff zum Feld geopolitischer Auseinandersetzung (zurück-) verschoben. Die Reste der leider schrumpfenden Klimagerechtigkeitsbewegung haben das Thema Rüstung durchaus auf dem Schirm. Auch bei der Linkspartei, Attac und von der Basis in die Gewerkschaftsspitzen setzt sich zunehmend die Erkenntnis durch, dass eine Vervielfachung der Rüstungsausgaben nicht zum Nulltarif zu haben ist und Sozialabbau impliziert. Die Wehrpflicht ist ein wirklich spürbarer Epochenbruch, der eine Generation betrifft, die nach Pandemie und Klimaprotesten eine geradezu notwendige politische Desillusionierung mitbringt, die durchaus Potential birgt. Auch die Kulturszene und Teile der Wissenschaft sind aus ihrer Schockstarre erwacht, gründen oder reorganisieren Strukturen, die sich von ihrem mittlerweile olivgrünen Milieu und dessen Bellizismus entschieden abgrenzen.

Aus Sicht der IMI ergibt sich demnach – nach sehr schweren Jahren – zumindest ein gemischtes Bild. Die Rüstungsspirale beschleunigt sich derzeit ungebremst weiter. Zugleich wachsen und konsolidieren sich widerständige Bewegungen. Das ist eine wichtige Nachricht an diejenigen, die am leitmedialen Diskurs verzweifeln: Meist unterhalb der öffentlich-rechtlichen Wahrnehmungsschwelle wächst eine neu ausdifferenzierte Friedensbewegung. Fast täglich finden an Universitäten, vor Betrieben, Rekrutierungsbüros, „Bildungsmessen“, auf

Straßen und Plätzen größere und kleine Proteste statt; fast jede Rodung und jeder Autobahnausbau oder der Bau neuer Rechenzentren wird mittlerweile im Kontext der Aufrüstung eingeordnet und kritisiert; in den Gewerkschaften rumort es. Allen, die gerade am leitmedialen Diskurs verzweifeln, würde ich wünschen, mal einen Tag unseren Posteingang zu sichten. Da passiert viel!

Selbstfindung in einer wachsenden Bewegung

Früher war Militär ein Thema auf den Lokalseiten der örtlichen Tageszeitungen, früher waren wir fast die Einzigen, die über eine neue Sicherheitsstrategie oder den Ausbau einer Kaserne berichtet haben. Idealtypisch zugespitzt haben wir per Post eine Zeitungsseite bekommen, das dann im Internet zitiert und kritisch eingeordnet. Im Vergleich zu heute war das fast „gemütlich“, im Rahmen einer ehrenamtlichen oder nebenberuflichen Tätigkeit zu machen. Heute findet Militärpolitik alltäglich auf den Titelseiten statt, sorgfältig orchestriert und von einem Heer an „Expert*innen“ kommentiert. Früher konnten wir quasi auf jeden kleinen neuen Schritt der Militarisierung reagieren, ihn einordnen und kritisch kommentieren. Heute erfolgen fünf Schritte gleichzeitig: neues EU-Papier, neue Sicherheitsstrategie, neues Rüstungsprojekt, autonome Kamikazedrohnen. Wir können nicht bei jedem dieser

Themen ihrer „Expertise“ unsere „Expertise“ entgegenzusetzen.

Anderes Beispiel: Seit Jahren schon finden quasi täglich Truppenbesuche bei Bildungsmessen oder Vorträge von Jugendoffizieren an Schulen und Unis statt. Gelegentlich wurden wir eingeladen, um da ein Gegengewicht zu bilden (im Falle von Schulen oft ohne ein Budget auch nur für die Anfahrt). Das passiert nun quasi wöchentlich – eben weil es mehr Widerstand und Organisierung gibt. Hinzu kommen nun die Themen Wehrpflicht und Kriegsdienstverweigerung. Als „Informationsstelle Militarisierung“ sind wir ein früher Treffer in der Suchmaschine – haben da allerdings nur begrenzte Kompetenzen. Im Kontext von Zeitenwende und massiv wachsender Bewegung stellt sich für uns aktuell mit Dringlichkeit die Frage: Was sind unsere Kompetenzen, was sind unsere Schwerpunkte, was können wir bedienen und was auch nicht? Als spendenbasierter und ehrenamtlich getragener Verein werden wir absehbar keine gutbezahlten Stellen schaffen können, die auch Sicherheit bieten. Wir müssen uns in einer durchdrehenden Kriegswirtschaft und einer wachsenden Bewegung neu finden, uns auf gewisse Kompetenzen fokussieren und diese Diskussion führen. Wenn die Leser*innen der GWR, und unsere Mitglieder darunter, Anregungen haben, dann gerne unter dem Betreff „Wandel“ an imi@imi-online.de.

Buchhinweis

Die Evangelische Kirche in Deutschland hat Anfang November 2025 der Öffentlichkeit eine Denkschrift über Krieg und Frieden präsentiert, die sich recht stramm hinter die Zeitenwende stellt. Insbesondere auch die geforderte „nukleare Neuorientierung“ sorgte für große Empörung.

Dagegen erschien nun eine „Umdenkschrift zum Evangelischen Diskurs über Krieg und Frieden“, die von Peter Bürger herausgegeben wurde und der auch der hier abgedruckte Artikel von Marcus Weingardt entnommen wurde. Sie versammelt 35 Beiträge zum neuen militärnahen EKD-Kurs aus einem breiten Spektrum: kirchlichen Initiativen, Publizistik, Friedensbewegung, Wissenschaft und christlicher Basis.

Das Buch ist als Printversion hier erhältlich (300S/12,99 Euro), es gibt aber auch eine freie Digitalfassung des Bandes ohne Illustrationen, die auch im Internet gratis abrufbar ist.



Umdenkschrift zum Evangelischen Diskurs über Krieg und Frieden

Kritische Wortmeldungen aus der
EKD-Kontroverse - Eine Sammlung

Herausgegeben von Peter Bürger
im Auftrag der Solidarischen Kirche im Rheinland und
des Ökumenischen Instituts für Friedenstheologie